

# Offene Worte

Online Nr. 88

Zeitung der LINKEN für den Barnim 28. Febr. 2021, 30. Jahrg.



## Hilfe für Krankenhauspersonal

Arbeiten unter Hochdruck, das Leid der Kranken und Sterbenden in hohem Maße aushalten: Pfleger:innen und Ärzt:innen brauchen Hilfe

Seit einem Jahr kämpft das medizinische Personal gegen die Folgen der Covid-19-Erkrankung. Während in der ersten Welle nur wenige Krankenhäuser in Brandenburg an der Belastungsgrenze waren, führte die zweite Welle nahezu flächendeckend zu Überlastungssituationen. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen erkrankten selbst überdurchschnittlich. Für die arbeitsfähigen Fachkräfte wurde der Urlaub gestrichen und Überstunden waren die Regel statt die Ausnahme.

Dazu kam die psychische Belastung für Ärzte und Pflegekräfte, die große Zahl an Todesfällen, das Gefühl, hilflos dem Leiden und Sterben gegenüberzustehen und die Tatsache, dass beim Sterbeprozess viele Menschen ohne den Beistand der Angehörigen blieben. Viele Pflegekräfte sind ausgebrannt, einige denken darüber nach, den Beruf aufzugeben. Alle, tatsächlich alle, haben Angst vor einer dritten Welle und der Gefahr der nächsten Ausnahmesituation.

Die Bundesregierung will den Pflegekräften nun eine finanzielle

Anerkennung zukommen lassen. Eine Prämie bundeweit ist richtig. Umso mehr bedauere ich, dass das Land Brandenburg nicht bereit war, eine solche Anerkennung zu leisten.

DIE LINKE hat deshalb am 25. Februar im Landtag vorgeschlagen, in Brandenburg ein mobiles Seelsorgeteam zur psychologischen Begleitung von Fachkräften in pandemiebedingten Akutsituationen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Dazu sollten in jedem Krankenhaus sowie in jeder Pflegeeinrichtung qualifizierte Supervisionsangebote unterbreitet werden. Und drittens sollten besonders belastete Fachkräften ein mehrtätiges Fortbildungs- und Unterstützungsangebot auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt werden. Leider lehnten die Regierungsfractionen (SPD, CDU, Grüne) diesen Vorschlag unverständlicherweise ab.

**Ronny Kretschmer,**  
Gesundheitspolitiker,  
DIE LINKE im Landtag

## LINKE mit zwei Spitzenfrauen

Bundesparteitag wählte am 27. Februar Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow zu Parteivorsitzenden

Der erste digitale Parteitag der LINKEN wählte am 27. Februar die 43-jährige Thüringer Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und die Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Janine Wissler (39 Jahre), zu neuen Vorsitzenden. Damit wird erstmals eine Partei in Deutschland, die im Bundestag vertreten ist, von zwei Frauen geführt. Die Digitalwahl des gesamten Parteivorstandes wird noch durch eine Briefwahl untersetzt, deren Ergebnis Ende nächster Woche vorliegen müsste.

Hennig-Wellsow strebt eine Regierungsverantwortung im Bund an. „Wir sind viele Jahre Protestpartei

gewesen“, sagte Hennig-Wellsow, »aber die Menschen haben keine Zeit, auf uns zu warten, sondern leben im Hier und Jetzt.“ Wissler will DIE LINKE für ökologische Wählerschichten öffnen, ist aber kein großer Fan von Rot-Rot-Grün. Aber 2008 war sie in Hessen bereit, eine rot-grüne Regierung zu tolerieren, was letztlich am Zaudern der SPD scheiterte.

Der Livestream zeigte: Die Regie der LINKEN meisterte die digitale Herausforderung sehr unterhaltsam: Plots und Interviews wechselten mit witzigen Einlagen von „Gisela und Ingeborg“ und führten so gut über die nötige Pausen. (bc)

## Mieten bremsen: Machen Sie mit!

Die Landtagsfraktion der LINKEN beantragte am 23. Februar im Landtag, die Mietpreisbremse in Brandenburg auf weitere Kommunen auszuweiten, in denen es an bezahlbaren Wohnungen fehlt (siehe OWO vom 24.2.21). Bis Ende 2020 galt die Mietpreisbremse für 31 Städte und Gemeinden im Land. Aber die Landesregierung aus SPD, CDU und GRÜNEN will, dass sie künftig nur noch in 19 Städten und Gemeinden gilt. Stärkere Mieterhöhungen will DIE LINKE verhindern und setzt sich deshalb im Landtag für eine Überarbeitung der beiden zu Grunde liegenden Verordnungen ein. Außerdem strebt sie einen Mietendeckel ähnlich dem in Berlin an. Die Regierungsfractionen in Brandenburg lehnten dies jedoch ab.

Damit die Regierung ihre Meinung ändert und wenigstens die Mietpreisbremse verlängert, ist Druck aus der Bevölkerung nötig. Die LINKE hat deshalb dafür eine eigene Homepage eingerichtet, wo Sie weitere Infos zum Mieterschutz nachlesen können – und was Sie jetzt selbst dafür tun können.

<https://mieten-bremsen.de/>



## Sozialticket für 39 Euro schaffen

Das Brandenburger Verkehrsministerium sieht keinen Bedarf für eine Reform des Brandenburger Sozialtickets. Dabei zeigt sich in einer Antwort auf eine Anfrage aus der Linksfraktion, dass der Tarif am Bedarf vieler Betroffener vorbeigeht. So gibt das Ministerium an, dass für Erwachsene im Regelbedarf bei „Hartz IV“ und ähnlichen Sozialleistungen 39 Euro im Monat für „Verkehr“ eingeplant sind. Dem steht der Preis für das Sozialticket gegenüber: Außerhalb der kreisfreien Städte ist das Ticket zu teuer.

Seit 1.1.2021 kostet das besonders häufig genutzte Mobilitätsticket für einen Landkreis 46,80 Euro. Für zwei Landkreise bzw. einen Landkreis und eine kreisfreie Stadt sind sogar 55,20 Euro zu bezahlen. „Die Landesregierung hat seit ihrem Antritt 2019 rein gar nichts dazu unternommen“, urteilt Christian Görke, verkehrspolitischer Sprecher der LINKEN im Brandenburger Landtag. „Der Preis für das Sozialticket muss auf maximal 39 Euro gedeckelt und unverzüglich ein gemeinsames Angebot mit Berlin geschaffen werden!“



**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 3. März